

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Eisenhofstr. 10, Ecke Bahnhofstr. 12 bis 14 und 16Berggasse 1. Verlag, Redaktion und Druckerei: Eisenhofstr. 16. Fernsprechanlagen: Dr. 7981, Dr. 7982, Dr. 7983, Dr. 7984, Dr. 7985, Dr. 7986, Dr. 7987, Dr. 7988, Dr. 7989, Dr. 7990, Dr. 7991, Dr. 7992, Dr. 7993, Dr. 7994, Dr. 7995, Dr. 7996, Dr. 7997, Dr. 7998, Dr. 7999, Dr. 8000.

Nummer 236

Freitag den 22. Oktober 1920

32. Jahrgang

Der Kampf um die deutsche Dieselmotoren.

Der englische Admiral Charlton, der Vorsitzende der internationalen Marine-Überwachungskommission, hat in einem Schreiben an die deutsche Regierung mit der Anwendung der schiffen, im Protokoll von Spa vorgesehene Maßnahme gedroht für den Fall, daß die deutschen Dieselmotoren nicht zum 2. März 1921 durch die Entente genehmigt würden. Von dieser internationalen Kommission kann man sagen: der Arbeit kommt ihr beim Essen. Mit einem Aufbruch an Personal, der ihrer Leistung zum Ausdruck, heißt aber nicht, daß sie noch die Hauptrolle — die deutschen Steuerzahler einbüßen bezieht, die die ganz unter englischen Einfluß stehende internationale Marine-Überwachungskommission in den Verhandlungen mit der Entente, die die Bestimmungen des Friedensvertrags zu erfüllen verhalten. Nach Erledigung dieser militärischen Aufgabe, nachdem Deutschland so weit ist, an der Küste der Nordsee die führende Rolle in der Konstruktion und der Ausführung der Dieselmotoren zu nehmen, die vorhandenen Dieselmotoren moderner Typs zu vermindern und ihren Weiterbau gänzlich zu verhindern.

Die schon vor dem Kriege vorhandene, schnelllaufende Dieselmotoren ist im Kriege durch die Entwicklung des Unterseebootes zu ungeheurer Bedeutung gekommen. Durch planmäßige Entwicklung und Verwertung reicher praktischer Erfahrungen wurde erreicht, sowohl für die stationären, wie für die Eisenbahn- und Schiffsbetrieb die eigentliche Maschine der Zukunft zu werden. Der Friedensvertrag, der die Kontrolle für die Tätigkeit der internationalen Marine-Überwachungskommission nicht, liegt in seinem Artikel 189, daß alle aus dem übrigen vom Kriegsverfall jeder Art vertriebenen Maschinen zu rein gewerblichen oder handelszweckmäßigen Verwendung im Ausland, ohne irgendwelchen Gegenstand für die Art. 192, daß die Produktion, die Distribution und alle Waffen, die die internationalen Kommission der deutschen Marine überlassen, den alliierten Mächten zur Verfügung zu stellen sind. Während also der Friedensvertrag Deutschland ausdrücklich das Recht der Verwendung von Maschinen, die bereits im Kriege oder unterseebooten eingebaut waren zu genehmigen, dies Handelszwecken zulässig, kennt er keinerlei Bestimmungen über solche Maschinen, die zwar ursprünglich vielleicht für Schiff- und Unterseeboote bestimmt, aber nicht eingebaut waren. Diese Maschinen, die als „Kriegsmaterial“ haben sich die Überwachungskommission vorbehalten und dieses Recht ist auch von der deutschen Regierung anerkannt worden. Weil der von den alliierten Mächten verlangte, das Kriegsmaterial tauglich nach viele Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages nicht in Form eines unabhängigen Handels, als Hauptantriebsmaschinen, Schiff- und Unterseeboote, in Form eines Handelszweckes eingebaut oder ursprünglich bestimmt für Kriegsschiffe oder für einseitig Unterseeboote“ auf. Damit wurden Maschinen, die ausdrücklich im Art. 189 des Friedensvertrages als für rein gewerbliche oder handelszweckmäßige Verwendung im Ausland freigegeben waren, durch eine willkürliche Verfügung der internationalen Kommission dem Kriegsmaterial erklärt und damit nicht nur in die Verfügungsbereitschaft der alliierten Mächte, sondern auch in die Verfügungsbereitschaft der internationalen Kommission übergeben. Die deutsche Regierung hat die Unterzeichnung dieses Dieselmotoren im Widerspruch und die Stilllegung eines blühenden, aufstrebenden Industriezweiges ein.

Eine Änderung des Waffenstillstandes, die der Zeitpunkt der Frage, den es sich um die Unterseeboote umging, den englischen Anspruch anerkennen und die Darlegung des deutschen Rechtsstandpunktes gar nicht abwarten, befreite den englischen Admiral in seiner Stellung. In den ersten Tagen dieses Monats sollten sich die internationalen Beratungskommissionen über ganz Deutschland verbreiten, um auszumachen, wie moderne Dieselmotoren unterseebooten zu machen, zu verkleinern und den Wert aus ihr gewonnenen Ertrags für den Wiederherstellungszweck festzustellen. Am letzten Abend der ersten Sitzung der internationalen Kommission, die sich in allen Einzelheiten mit dem wichtigsten so lange hinausgeschoben, bis der Vorkonferenz aus die deutschen Darlegungen entgegenkommen konnte. Während man sich bis zur endgültigen Sitzung die Bestimmungen des Friedensvertrages allein als maßgebend anerkannte, verlangte der englische Admiral ein unbedingtes Verbot jeglicher Verwendung und jeglichen Transportes dieser Maschinen und aller ihrer Bestandteile. Die deutsche Regierung hat den Art. 189 des Friedensvertrages übernommen, welche für sich in Anspruch nimmt, daß ihm bereits im Hinblick auf jenen Vertrag den internationalen Kommissionen die Bestimmungen des Friedensvertrages überlassen sind, die die deutschen Darlegungen entgegenkommen konnte. So kann die deutsche Regierung in Deutschland vor einer Entscheidung des Vorkonferenz stehen, die trotz unserer sonstigen Rechte den englischen Standpunkt zu eigen macht. Das wir entgegenzusetzen haben, ist reicher, als wir es liebhaber nichts. Gerade um diesem mit geschickter Einmündigkeit des deutschen Volkes und aller seiner Schichten in dieser Lebensfrage der deutschen Industrie die Anerkennung zu geben, daß sie ihre Rechte und Interessen durchzusetzen, ist es notwendig, diesen Standpunkt zu unterstützen und, wenn es nötig werden sollte, einen eigenen Vertragsertrag die Entscheidung des Völkerbundes anzuerkennen.

Während das deutsche Volk aus die Verwertung seiner geistigen Arbeit, seines technischen Könnens kämpft, bietet eine englische Firma sechs Dieselmotoren, die aus deutschen Unterseebooten kommen, in Deutschland zu verkaufen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, diese Maschinen zu kaufen, wenn sie durch den Völkerbund genehmigt werden können.

Bekämpfung des englischen Bergarbeiterstreits.

London, 21. Oktober. (Druckmeldung.) Die ruhige und größtenteils optimistische Haltung der englischen Presse in den ersten Tagen des Streiks hat nunmehr eine sehr kritischen Auffassung Platz gemacht. In der „Daily Mail Gazette“ haben die führenden Bergleute ihren Vermittlungsversuch durch die anderen Gewerkschaften scharf zurückgewiesen. Der Berichterstatter der „Evening News“ meidet aus Gerücht, daß die schnelle Behandlung der Frage im Parlament bei den Bergleuten in Wales eine sehr gereizte Stimmung hervorgerufen habe. Die Streikleitung ist zum großen Teile in die Hände der Bergleute gelangt, welche öffentlich zu radikalsten und gewalttätigen Methoden aufrufen. Der Leiter der „Nationalunion der Eisenbahner“ Thomas hat den Ministerpräsidenten wissen, daß die Eisenbahner Sonntag nach in den Streik treten würden, wenn der Kohlenarbeiterstreik bis Sonnabend nicht beigelegt oder erfolgversprechende Verhandlungen eröffnet seien.

In England, Schottland und Wales wurde dann der Generalstreik auf allen Bahnen ausbrechen.

Wie ferner aus Paris gemeldet wird, ist mit dem Ausbruch eines Kohlenarbeiterstreiks der französischen Bergarbeiter angestrichelt. Der englische Bergarbeiterstreik hat die Aufmerksamkeit der internationalen Bergarbeiter in Paris einzuwirken. Die Verhandlungen sind zum Scheitern gekommen. Es soll eine Frist gestellt werden. Wenn sich die Leitung der Bergleute weigert, wird ein Generalstreik der Bergarbeiter in Paris einzuwirken. Die Verhandlungen sind zum Scheitern gekommen. Es soll eine Frist gestellt werden. Wenn sich die Leitung der Bergleute weigert, wird ein Generalstreik der Bergarbeiter in Paris einzuwirken.

Daß es sich bei der gestörten Fortführung der Dieselmotoren nicht um eine militärische, vielmehr um eine ausschließlich wirtschaftliche Frage handelt, deren ungehörige Lösung nicht auch von den deutschen Arbeitern geteilt werden sollte.

Um die oberste Reichsautonomie.

Die Beratung des Reichstagesauschusses für auswärtige Angelegenheiten, der gestern vormittag zusammentrat, beschäftigte sich mit der Frage der oberste Reichsautonomie. In der Sitzung, an der auch einige Mitglieder des Reichstages und der preussischen Staatsregierung sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnahmen, wurde über die Frage der oberste Reichsautonomie diskutiert. Die Sitzung, an der auch einige Mitglieder des Reichstages und der preussischen Staatsregierung sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnahmen, wurde über die Frage der oberste Reichsautonomie diskutiert. Die Sitzung, an der auch einige Mitglieder des Reichstages und der preussischen Staatsregierung sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnahmen, wurde über die Frage der oberste Reichsautonomie diskutiert.

Die Frage der autonomen Oberste Reichsautonomie ist ein so wichtiges und kompliziertes Problem, daß es in der Tat nicht gründlich genug erörtert werden kann. Es ist vor allem dadurch nicht sicher, daß die Oberste Reichsautonomie die wirtschaftliche Freiheit für die Bundesstaaten sichergestellt; das heißt, die wirtschaftliche Freiheit der Bundesstaaten, ebenso der weitaus größte Teil des nicht zum Zentrum gehörenden Bürgerums. Unter der Tragweite der Entscheidung über die Oberste Reichsautonomie steht die Frage der autonomen Oberste Reichsautonomie. Die Frage der autonomen Oberste Reichsautonomie ist ein so wichtiges und kompliziertes Problem, daß es in der Tat nicht gründlich genug erörtert werden kann. Es ist vor allem dadurch nicht sicher, daß die Oberste Reichsautonomie die wirtschaftliche Freiheit für die Bundesstaaten sichergestellt; das heißt, die wirtschaftliche Freiheit der Bundesstaaten, ebenso der weitaus größte Teil des nicht zum Zentrum gehörenden Bürgerums. Unter der Tragweite der Entscheidung über die Oberste Reichsautonomie steht die Frage der autonomen Oberste Reichsautonomie.

General Lerand wieder im Amt.

Englische Offiziere als Leiter der oberste Reichsautonomie. Oppen, 21. Oktober. General de Rond hat seine Tätigkeit als Leiter der oberste Reichsautonomie wieder aufgenommen. Ein Mitglied der Kommission für die oberste Reichsautonomie, General de Rond, hat seine Tätigkeit als Leiter der oberste Reichsautonomie wieder aufgenommen. Ein Mitglied der Kommission für die oberste Reichsautonomie, General de Rond, hat seine Tätigkeit als Leiter der oberste Reichsautonomie wieder aufgenommen.

Der drohende Eisenbahnerstreik.

London, 21. Oktober. Die Konferenz der Eisenbahner hat beschlossen, am Dienstag um Mitternacht in den Streik zu treten, wenn nicht vorher die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern wieder aufgenommen werden. Die Regierung ist bereit, mit den Bergarbeitern erneut in Verhandlungen zu treten, sofern diese grundsätzlich einverstanden sind, daß eine Lockerung der Beschränkungen der Produktion abgemacht werden.

Die über Kohlenfragen.

Der Reichsminister des Innern, Herr Müller, hat eine Unterredung mit dem Bergarbeiterführer aus, der eben aus England zurückgekommen ist. Er erklärte u. a., er glaube nicht, daß der Streik der englischen Bergarbeiter die Kohlenlieferungen in Deutschland gefährden werde. Er erklärte weiter, er habe seinen Aufenthalt in England, wo er auch an einer Konferenz der Bergarbeiter teilgenommen hat, die Verhandlungen über die Kohlenlieferungen in Deutschland gefährden werde. Er erklärte weiter, er habe seinen Aufenthalt in England, wo er auch an einer Konferenz der Bergarbeiter teilgenommen hat, die Verhandlungen über die Kohlenlieferungen in Deutschland gefährden werde.

Der russisch-polnische Friede.

London, 21. Oktober. Wie die „Times“ aus Warschau meldet, ist der Waffenstillstand zwischen Polen und Russland Dienstag nacht in Kraft getreten. Die polnischen Truppen in der Westfront, die im Norden entzweit für die Grenze, die in Höhe festgelegt worden ist, im Süden sind die Polen aber diese Grenze hinausgerückt. Die polnischen Truppen in der Westfront, die im Norden entzweit für die Grenze, die in Höhe festgelegt worden ist, im Süden sind die Polen aber diese Grenze hinausgerückt.

Das kriegerische Belgien.

Brüssel, 22. Okt. (Gg. Drahtmeldung.) Das „Echo de Belgique“ berichtet, daß im belgischen Budget für das Kriegsjahr 1921 ein Mehrbetrag von 800 Millionen gegenüber dem Vorjahre vorgesehen ist. Diese Summe soll verwendet werden für den Bau von Eisenbahnen und Eisenbahnen, sowie für die Bekämpfung der Inflation in Belgien und den Nachbarländern. Diese Summe soll verwendet werden für den Bau von Eisenbahnen und Eisenbahnen, sowie für die Bekämpfung der Inflation in Belgien und den Nachbarländern.

Frankreichs Wiederaufbau.

Die Nachricht von der Aufhebung des Reichsministeriums für Wiederaufbau ist für viele überraschend. Dieses Ministerium befand sich auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit, als es die Vorbereitungen für den Wiederaufbau Frankreichs in Angriff nahm. Die Nachricht von der Aufhebung des Reichsministeriums für Wiederaufbau ist für viele überraschend. Dieses Ministerium befand sich auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit, als es die Vorbereitungen für den Wiederaufbau Frankreichs in Angriff nahm.

Die Beschlüsse von Paris sind ein großer Schritt in der Bekämpfung des Streiks. Die Beschlüsse von Paris sind ein großer Schritt in der Bekämpfung des Streiks. Die Beschlüsse von Paris sind ein großer Schritt in der Bekämpfung des Streiks. Die Beschlüsse von Paris sind ein großer Schritt in der Bekämpfung des Streiks. Die Beschlüsse von Paris sind ein großer Schritt in der Bekämpfung des Streiks.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 21. Oktober. Drei Milliarden Defizit. — Neue Steuern. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt.

Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt. Die zweite Haushaltsberatung wurde bei der allgemeinen Finanzberatung fortgesetzt.

Frankreichs Wiederaufbau.

Die Nachricht von der Aufhebung des Reichsministeriums für Wiederaufbau ist für viele überraschend. Dieses Ministerium befand sich auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit, als es die Vorbereitungen für den Wiederaufbau Frankreichs in Angriff nahm. Die Nachricht von der Aufhebung des Reichsministeriums für Wiederaufbau ist für viele überraschend. Dieses Ministerium befand sich auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit, als es die Vorbereitungen für den Wiederaufbau Frankreichs in Angriff nahm.

